Wie soll die Inflation bekämpft, die Energiekrise gemeistert werden? Nationalrat Gerald Loacker (NEOS) sieht große Herausforderungen auf Bundesebene. Zudem steht noch ein weiterer Ländle-Tag im U-Ausschuss auf der Agenda.

ie haben Sie den Sommer verbracht?
Ich war mit meinen
Freunden im Paznauntal
beim Moutainbiken. In den
Alpen Touren zu unternehmen, hat sich nach inzwischen 14 Jahren zu einer Art
Tradition entwickelt.

Sie sind früher Rennen gefahren. Wie lässt sich Ihr Hobby mit dem Job als Nationalrat vereinbaren?

Ich habe die Ziele ein wenig niedriger gesteckt, weil ich nicht mehr so viel zum Trainieren komme. Rein kräftemäßig geht sich auch die eine oder andere Tour nicht mehr aus.

Wie sieht es politisch mit den Vorbereitungen auf den Herbst aus?

Die kommenden Monate werden von der Inflation und der Energiekrise geprägt sein. Brisant wird das Thema Pensionen, denn die Zuschüsse ins Sozialversicherungspensionssystem werden sich - wenn immer nur die normalen Erhöhungen durchgeführt werden - bis 2030 verdoppeln. Da geht es um Milliardenbeträge, die irgendwo herkommen müssen. Und es geht um die Balance zwischen Erwerbstätigen und Pensionisten. Beide haben gerechtfertigte Interessen, die ausbalanciert werden müssen.

Die Ausgleichzulagen-Bezieher haben zuletzt ein Einmalzahlung in Höhe von 1500 Euro bekommen.

Das ist völlig okay. Aber abseits von Einmalzahlungen steht im Gesetz, wie die Pensionen zu erhöhen sind. Daran sollte man sich halten. Die Jungen, die das Sys-



VON SONJA SCHLINGENSIEPEN

tem finanzieren, stellen im Gegensatz zu den Seniorenvertretern das Gesetz nicht in Frage.

Sie hatten sich unlängst in den Sozialen Medien über zu hohe Sozialleistungen echauffiert. Stehen Sie immer noch dazu?

Es ist wichtig, dass sich Menschen in Notlagen auf ein Sozialsystem verlassen können. Wer sich nicht helfen kann, braucht die Hilfe der Gemeinschaft. Staatliche Gelder sollten aber nicht an jene gehen, die sagen: Ich arbeite weniger, weil ich die Lebensqualität schätze. Das ist eine legitime Entscheidung, aber dann sollte die Regierung das nicht mit Subventionen belohnen.

Wird das auf Dauer nicht ein Problem, wenn immer mehr nur 80 Prozent arbeiten oder eine Vier-Tage-Woche bevorzugen?

Wenn es zwar mehr Beschäftigte, aber eine niedrigere Produktivität gibt, wird sich der Wohlstand nicht halten lassen. Hier gehen wir sehenden Auges einen Rückschritt gegenüber anderen internationalen Mitbewerbern. Das Steuersystem verstärkt diesen Faktor. In vielen Fällen sind Sozialversicherungsabgaben und Steu-



Entspannung sucht NEOS-Nationalrat Gerald Loacker beim Mountainbiken. Seine Lieblingsstrecke führt vom Heimatort Dornbirn auf die 1368 Meter hoch gelegene Weißenfluhalpe.

ern so hoch, dass es sich nicht auszahlt, von 70 auf 100 Prozent aufzustocken.

Hat Österreich zu viele Sozialleistungsbezieher?

Von 2,4 Millionen Pensionisten bekommen nicht ganz 200.000 eine Ausgleichszulage. Das sind weniger als zehn Prozent. Bei der Gruppe der grundsätzlich Erwerbsfähigen sind es etwa fünf Prozent. Das kann eine Gesellschaft tragen.

Kann sich die Gesellschaft auch alle Hilfen zur Abfederung der Teuerung leisten?

Was nicht funktioniert, ist, im Falle einer Rezession oder einer hohen Inflation bis in den Mittelstand hinein alle Verluste durch den Staat auszugleichen. Wir können uns nicht gegenseitig auf Dauer die Fünfhunderter überweisen. Die politische Schwierigkeit besteht darin, den Menschen zu erklären, wenn wir alle den Gürtel en-

ger schnallen müssen. Niemand wird ganz schmerzfrei durch so eine Inflationsphase kommen.

Warum ist die Inflation in Österreich so viel höher als in Deutschland oder der Schweiz?

Die Schweizer Nationalbank hat eine andere Politik verfolgt und nicht so viel Geld auf den Markt gebracht. In Deutschland hat das 9-Euro-Ticket und der Zuschuss auf den Spritpreis einen deutlichen Dämpfer bei den Kosten ausgemacht. Das ändert sich gerade. Über das Jahr gesehen, werden sich die Zahlen zwischen Österreich und Deutschland nicht sehr unterscheiden. Die Art, wie in Österreich Einmalzahlungen werden, könnte allerdings schon inflationsanheizend sein.

Sie meinen die Art des Gießkannen-Prinzips?







Ohne E-Motor radelte der passionierte Mountainbiker von Dornbirn zum Sommerinterview auf die Lustenauer Hütte.

Insgesamt müssten die Systeme so aufgebaut werden, dass die Richtigen die Hilfen erhalten. Das sind die Bezieher von Ausgleichszu-Mindestsicherung, Heizkostenzuschüssen und Wohnbeihilfen. Ich halte es für falsch, eine zusätzliche Bürokratie aufzubauen, eine neue Zahlung zu erfinden und den Kreis neu abzustecken. Das hat der Finanzminister beim Energiebonus gemacht und das macht Frau Gewessler mit ihrem Klimabonus. Direktzahlungen an alle Bürger waren aber nie vorgesehen.

Es erinnert ein wenig an die Haider-Zeiten.

Der Unterschied zu Jörg Haider ist nur, dass es keine Barzahlungen sind, wo der Hunderter direkt aufs Patschehändchen geht.

Die jetzigen Auszahlungsmethoden sind aber auch nicht sehr effizient? Absolut, denn von 6 Millionen Beziehern werden 1,2 Millionen einen RSA-Brief mit dem Klimabonus-Gutschein bekommen. Aus dem einfachen Grund, weil der Staat keine Kontonummer von ihnen hat. In Zeitalter eines Gratiskontos für Bedürftige ist es offenbar zu viel verlangt, dass jeder, der die 500 Euro haben will, seine Kontoverbindung beim Finanzamt einmeldet.

Vor der Sommerpause waren Sie während der "Vorarlberger Tagen" erstmals im U-Ausschuss tätig. Wie waren Ihre Eindrücke?

Die beiden Tage waren erschütternd. Wenn ich Belege über 8000 Euro Barauszahlung für Diverses sehe, kommt mir der Zorn. Oder eine Spende an das Rote Kreuz, die nie angekommen ist und dann als Fehlbuchung abgetan wird. Bis heute hat niemand bei der ÖVP ein schlechtes Gewissen. Im Gegenteil: Der Vorarlberger Seniorenbundobmann sagt in der ZIB2, dass er die Aufregung nicht versteht, weil das System schon seit 1976 besteht. 1975 wurde das Parteienförderungsgesetz eingeführt und 1976 hat man damit angefangen, uns zu bescheißen – so schauts aus!

Wie fällt Ihr Fazit zum ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss generell aus?

Der U-Ausschuss hat viel Überraschendes zu Tage gebracht. Was wir an politischen Abgängen erlebt haben, hätte vorher niemand erwartet: Kurz, Blümel, Sektionschef Pilnacek und viele andere, die da ihre Sessel räumen mussten, weil zu viel Dreck an die Oberfläche gespült worden ist. Es sind traurige Erfolge, aber das ist ja die Funktion des U-Ausschusses, solche Dinge sichtbar zu machen.

Was erwarten Sie sich im Herbst?

Ich hoffe, dass sich dann auch die Herrschaften Kessler, Rauch und Rüdisser den Fragen stellen und sich nicht von den Störfeuern der ÖVP-Fraktion schützen lassen

Heute wird Markus Wallner zurückkehren. Wie leicht wird diese Rückkehr?

Wenn er sich entscheidet, sein Amt wieder wahrzunehmen, wird er sich allen Fragen stellen müssen, die in der Zwischenzeit offengeblieben sind. Es wird für ihn nicht leichter. Im Untersuchungsausschuss hat schon versucht, sich zu drücken. Auf eine meiner Fragen hat er die Verfahrensrichterin gefragt, ob er diese beantworten muss. Offensichtlich will er nicht alles beantworten. Das ist das Gegenteil eines Beitrags zur Aufklärung.